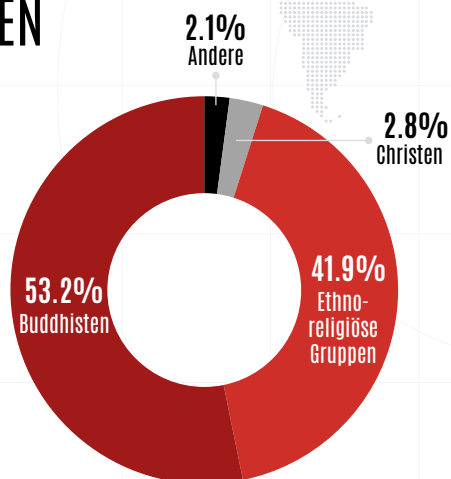




LAOS

RELIGIONEN



DIE GESETZESLAGE ZUR RELIGIONSFREIHEIT UND DIE TATSÄCHLICHE ANWENDUNG

Die Demokratische Volksrepublik Laos ist ein kommunistischer Einparteiensstaat. Religions- und Glaubensfreiheit sind in der Verfassung und den Gesetzen des Landes verankert¹.

Die 1991 verfasste und 2015 überarbeitete Verfassung geht recht detailliert auf die Bürgerrechte ein, darunter auch auf die Religionsfreiheit (Artikel 9). In der Praxis ist der Zustand der Religionsfreiheit jedoch mit dem Nachbarstaat Vietnam vergleichbar, was zweifellos auf die ideologische Nähe der beiden kommunistischen Regime zurückzuführen ist.

Die Gesetze des Landes sehen vor, dass religiöse Organisationen für ihre Aktivitäten zunächst entsprechende Anträge bei staatlichen Behörden stellen müssen. Diese können den Anträgen stattgeben oder sie ablehnen. Artikel 43 der Verfassung garantiert das „Recht und die Freiheit, an eine Religion zu glauben oder nicht zu glauben, insofern dies nicht gegen Gesetze verstößt“. Dieses Recht wird

jedoch durch Artikel 8 und 9 unspezifisch eingeschränkt. Demnach sind alle Handlungen verboten, „welche Spaltung und Diskriminierung unter ethnischen Gruppen befördern“ sowie zwischen „Religionen und Klassen von Menschen“. Diese Regelungen „werden genutzt, um die staatliche Einmischung in die Angelegenheiten religiöser Gruppen zu rechtfertigen“.² In der Tat zieht sich das Motiv der „staatlichen Einmischung“ durch alle laotischen gesetzlichen Regelungen, die Religionsgemeinschaften betreffen. So können Vertreter des Staates praktisch uneingeschränkt in religiöse Angelegenheiten eingreifen.³ Gleichzeitig konnten während des Berichtszeitraums wesentliche Verbesserungen der Situation beobachtet werden. Die Religionsfreiheit wird in Praxis und Gesetz stärker respektiert.

Neben der Verfassung gibt es in Laos verschiedene die Religion betreffende Gesetze. Darunter das im Jahr 2002 erlassene Dekret 92 zu „Verwaltung und Schutz religiöser Aktivitäten“. Dieses wurde am 16. August 2016 durch Dekret 315 ersetzt.⁴ Das von Premierminister Thongloun Sisoulith unterzeichnete Dokument könnte potenziell zu einer Verbesserung der Religionsfreiheit führen, wenn lokale Staatsvertreter es verstehen und auch umsetzen.

Das neue Dekret 315 bringt einige konkrete Verbesserungen im Vergleich zum Vorgängerdokument. So garantiert es allen Religionen Gleichheit vor dem Gesetz, sorgt für einheitlichere und transparentere Regeln und definiert klar den Prozess, wie sich religiöse Gruppen offiziell anerkennen lassen können.⁵

Beiden Dekreten liegt dabei jedoch die Annahme zu Grunde, dass der Staat die Kontrolle über alle religiösen Angelegenheiten im Land hat und auch haben sollte. So verfügt das Innenministerium (Ministry of Home Affairs, kurz MOHA) laut Dekret 315 beispielsweise über umfassende Befugnisse, jeglichen Aspekt des religiösen Lebens zu regeln. Religiöse Gruppen müssen für fast alle ihrer Aktivitäten im Vorfeld eine Erlaubnis des Ministeriums einholen. Darunter fallen die Gründung von Gemeinden in neuen Bezirken, die Veränderung bestehender Strukturen, der Bau von neuen Gebäuden zur Anbetung sowie die Organisation von religiösen Treffen. Außerdem müssen religiöse Gruppen dem Ministerium mindestens einmal im Jahr eine Übersicht all ihrer geplanten Aktivitäten vorlegen. Auch müssen sie die Namen ihrer Führungspersonen den lokalen sowie den zentralen Stellen des Ministeriums melden, damit diese dort „studiert, geprüft und genehmigt“ werden können. Das Ministerium muss die Erlaubnis erteilen, wenn eine Gruppe in verschiedenen Provinzen aktiv sein möchte. Darüber hinaus gibt Artikel 5 (2) des Dekrets 315 der Regierung umfassende Befugnisse zur Überwachung der internen Führung und Doktrin religiöser Organisationen. Demnach obliegt es den Vertretern des Ministeriums, zu entscheiden, ob religiöse Gruppen „im Einklang mit den tiefsten Prinzipien ihrer Religion, ihren religiösen Vorschriften und ihrer Lehre handeln“.⁶

Insgesamt erteilt Dekret 315 dem Innenministerium (MOHA) umfassende Erlaubnis, „religiöse Aktivitäten einzuschränken, die sie als im Widerspruch zu lokalen Bräuchen, nationalen Gesetzen, der nationalen Stabilität, der Umwelt oder der Einheit von religiösen und ethnischen Gruppen empfinden“.⁷

Die Regierung erkennt vier Glaubensgemeinschaften an: Buddhisten, Christen, Muslime und Bahai.⁸ Unter den christlichen Gemeinschaften sind lediglich die Katholische Kirche, die Evangelische Kirche von Laos und die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten regierungsseitig anerkannt.⁹

Die Religionszugehörigkeit in Laos ist stark ethnisch

geprägt. Die Lao bilden mit 55 % den größten Teil der Bevölkerung, die Mehrheit von ihnen sind Theravada-Buddhisten¹⁰. Aufgrund dessen gelten für buddhistische Mönche und Pagoden nicht dieselben Einschränkungen wie für Angehörige anderer Religionen und andere Kultstätten. Der Sangharaja, der oberste Mönchspatriarch in Laos, unterhält enge Beziehungen zur politischen Führung des Landes.

Die am stärksten von Einschränkungen der Religionsfreiheit betroffene Gruppierung ist die evangelische Gemeinschaft, welche weniger als 1% der Bevölkerung ausmacht. Auch die 48 ethnischen Minderheiten im Land, welche zusammen ca. 45% der Bevölkerung ausmachen, sind von Diskriminierung betroffen. Die fortwährende Diskriminierung von Protestanten spielt sich meist in abgelegenen Dörfern ab. Übertritte zum Christentum rufen immer wieder feindliche Reaktionen hervor, da Christen oft als ausländische Agenten des westlichen Imperialismus gesehen werden. Viele Christen gehören der ethnischen Minderheit der Hmong an, welche die US-Truppen während des Vietnamkrieges gegen kommunistische Kräfte unterstützt hatten.¹¹ Zur Wahrung der „Harmonie“ und zur Vermeidung öffentlicher Unruhen ist bei den Regierungsbehörden ein harter Umgang mit Christen zu beobachten. Konvertiten werden regelmäßig dazu gezwungen, ihre Loyalität gegenüber den Vorfahren und animistischen Geistern zu erklären. Die Haltung der Behörden ist allerdings von Provinz zu Provinz sehr unterschiedlich. Gerade in abgelegeneren Gebieten sind die Repressalien besonders stark.¹²

Angesichts der anhaltenden Unterdrückung von Protestanten ist die Verabschiedung des „Gesetzes zur Evangelischen Kirche“ durch die Zentralregierung am 19. Dezember 2019 ein ermutigendes Signal. Das Gesetz erteilt Christen das Recht, Gottesdienste zu feiern, im ganzen Land zu predigen und in Beziehung und Kontakt mit Christen im Ausland zu stehen.¹³ Aufgrund der positiven Änderungen durch Dekret 315 sowie des „Gesetzes zur Evangelischen Kirche“ könnten die willkürlichen Beschneidungen ihrer Freiheiten sowie die schlechte Behandlung von Protestanten abnehmen, sobald lokale Staatsvertreter auf die neuen Regelungen hingewiesen wurden.¹⁴

VORFÄLLE UND AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Im Februar 2020 reisten Vertreter des Office of International Religious Freedom des US-Außenministeriums sowie der US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) im Rahmen einer Untersuchungsmission nach Laos. In ihrem Bericht legen sie dar, dass es Hinweise auf eine Verbesserung der Religionsfreiheit im Lande während des Berichtszeitraums gebe.¹⁵ Obwohl sich alle religiösen Organisationen laut Dekret 315 staatlich registrieren lassen müssten, werde diese Vorschrift nicht streng erzwungen. Dies führe dazu, dass „viele nicht-registrierte religiöse Gruppen existieren können“. Außerdem scheine es weniger Verhaftungen und Inhaftierungen in Zusammenhang mit Verstößen gegen religiöse Vorschriften gegeben zu haben. Laut der US-Delegation habe es 2019 „keine Berichte über solche Verhaftungen durch die Zentralregierung gegeben, auch wenn es einige Fälle auf regionaler Ebene gab“.¹⁶

Diese offensichtliche Verbesserung der Situation scheint auf die positiven Auswirkungen des Dekrets 315 sowie des „Gesetzes zur Evangelischen Kirche“ zurückzugehen. Damit diese Änderungen auch auf lokaler Ebene umgesetzt werden, arbeiten hohe Kirchenvertreter, Nicht-regierungsorganisationen sowie das US-amerikanische Institute for Global Engagement (IGE) mit dem laotischen Innenministerium und der laotischen „Front für nationalen Aufbau“ zusammen. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit werden Seminare durchgeführt, um die Bekanntheit der neuen Maßnahmen zu fördern. Dennoch sei die Verbreitung „langsam und uneinheitlich“.¹⁷

Trotz des besseren Gesamtklimas kam es während des Berichtszeitraums zu zahlreichen Angriffen auf Mitglieder religiöser Minderheiten und insbesondere auf Christen. Im August 2018 wurde in der Provinz Khammouane beispielsweise eine Gruppe Christen verhaftet, die ohne Erlaubnis einen Gottesdienst gefeiert hatten.¹⁸ Im September 2018 wurden in der Provinz Champassak sieben Mitglieder der Evangelischen Kirche Laos‘ (Lao Evangelical Church, LEC) festgenommen.¹⁹ Im November 2018 stellte ein Regionalgouverneur im Norden von Laos 20 christlichen Familien ein Ultimatum: Entweder sie verließen ihr Dorf innerhalb eines Monats, oder sie würden inhaftiert. Mindestens fünf Familien gaben ihren Glauben auf, um bleiben zu können.²⁰ Anfang 2020 „wurden in der nördlichen Provinz Luang Namtha im Dorf Tine Doi 14 Mitglieder dreier Familien, die zur ethnischen Gruppe der

Hmong gehören, aus ihren Häusern vertrieben, nachdem sie sich geweigert hatten, ihrem christlichen Glauben zu entsagen. Ihre Häuser wurden abgerissen.“²¹

Ethnische und religiöse Minderheiten in der west-laotischen Provinz Savannakhet sind weiterhin anhaltender und besonders ernster Diskriminierung ausgesetzt. Im November 2018 wurden vier Christen, darunter eine ältere Großmutter, verhaftet, nachdem sie im Bezirk Vilabouly ohne Genehmigung einen Gottesdienst gefeiert hatten.²² Im Dezember 2018 wurden sieben Christen verhaftet, nachdem ihr Weihnachtsgottesdienst im Dorf Nakanong als gesetzeswidrig erklärt wurde. Offizielle Vertreter zerstörten außerdem ihre Bühne und Tonanlage.²³ Im April 2019 wurde in Savannakhet ein Christ von der Polizei verhaftet, geschlagen und angeblich dazu gezwungen, seinem Glauben zu entsagen.²⁴ Ebenfalls im April wurden drei US-Bürger in Laos inhaftiert, da sie verdächtig wurden, „ohne Regierungserlaubnis Bibeln und christliche Materialien verbreitet zu haben“. Die Gruppe wurde später freigelassen und 10 Tage nach ihrer Verhaftung nach Thailand deportiert.²⁵

Mitte März 2020 wurde ein evangelischer Pastor verhaftet, nachdem er im Dorf Kalum Vangkhea einen Gottesdienst gehalten hatte. Es wurde kein offizieller Grund für die Verhaftung genannt, laut einem Bericht von UCANews sei es jedoch wahrscheinlich, dass der Pastor unter dem Vorwand inhaftiert worden sei, gegen COVID-19-bezogene Abstandsregeln verstoßen zu haben. Er wurde zu sechs Monaten Haft verurteilt und durfte keinen Besuch von seiner Familie empfangen.²⁶

Während des Berichtszeitraums konnten einige Minderheitsreligionen ihre unter Dekret 315 erforderliche staatliche Registrierung erfolgreich erneuern, darunter die Katholische Kirche sowie die Bahai. Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten erhielt erstmals eine Registrierung. Ob die Evangelische Kirche von Laos (LEC) eine Registrierung erhält, war im November 2019 noch unklar.²⁷

PERSPEKTIVEN FÜR DIE RELIGIONSFREIHEIT

Die Religionsfreiheit in Laos scheint sich eher positiv zu entwickeln. Darauf deuten Dekret 315, das Gesetz zur Evangelischen Kirche sowie die Tatsache hin, dass die Regierung augenscheinlich um Regulierung und Stabi-

lisierung ihres Umgangs mit religiösen Minderheiten bemüht ist. Es gibt Anlass zur vorsichtigen Hoffnung, dass sich dieser Trend in den kommenden Jahren fortsetzt. Es bleibt jedoch eine gewaltige und langjährige Aufgabe, lokale Staatsvertreter auf Dorfebene dazu zu bewegen, die neuen Maßnahmen auch tatsächlich umzusetzen. Bis dahin werden ethnische und religiöse Minderheiten in abgelegenen Gebieten periodischer und teils schwerer Diskriminierung ausgesetzt sein.

Auch wenn die jüngsten Entwicklungen eine Verbesserung der Situation darstellen, bleibt der von der Regierung gesetzte rechtliche Rahmen grundsätzlich hochproblematisch. Der weitreichende Eingriff und die externe Kontrolle religiöser Gruppierungen durch die Regierung – u.a. auch die Kontrolle über interne Führungsangelegenheiten – ist gesetzlich verankert und legitimiert. Des Weiteren geht die

staatliche Registrierung von bislang nicht-registrierten religiösen Gruppen nur langsam vorstatten und bestehende Verbesserungen beruhen nicht auf systemischen, strukturellen Reformen, sondern zu einem großen Maß auf guten persönlichen Beziehungen, die einzelne religiöse Gemeinschaften mit bestimmten Regierungsvertretern kultiviert haben.

Die Religionsfreiheit könnte sich in Laos in den kommenden Jahren durchaus positiv entwickeln, bis jetzt sind die Fortschritte jedoch begrenzt, zerbrechlich und unsicher. Eine aufmerksame Beobachtung der Situation ist unumgänglich, wenn die Fortschritte aufrechterhalten und erweitert werden sollen.

ENDNOTEN / QUELLEN

- 1 Demokratische Volksrepublik Laos 1991 (Rev. 2015), Constitute Project, https://www.constituteproject.org/constitution/Laos_2015?lang=en (abgerufen am 17. Januar 2021).
- 2 Patrick Greenwalt, „Country Update: Laos“, United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF), Mai 2020, S. 2, https://www.uscifr.gov/sites/default/files/2020%20Laos%20Country%20Update_May_0_0.pdf (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 3 Ebd., S. 1.
- 4 „General Briefing: Laos“, Christian Solidarity Worldwide, 1. Mai 2020, <https://www.csw.org.uk/2020/05/01/report/4649/article.htm> (abgerufen am 17. Januar 2021).
- 5 Patrick Greenwalt, a.a.O., S. 3.
- 6 Ebd.
- 7 Ebd.
- 8 Office of International Religious Freedom, „Laos“, 2019 Report on International Religious Freedom, U.S. Department of State <https://www.state.gov/reports/2019-report-on-international-religious-freedom/laos/> (abgerufen am 17. Januar 2021).
- 9 Patrick Greenwalt, a.a.O., S. 3.
- 10 Office of International Religious Freedom, a. a. O.
- 11 „Laos government takes steps to protect Christians“, UCANews, 29. September 2020, <https://www.ucanews.com/news/laos-government-takes-steps-to-protect-christians/89686> (abgerufen am 27. Oktober 2020).
- 12 „Christians in Laos shunned for believing in ‘America’s god’“, UCANews, 11. Juni 2020, <https://www.ucanews.com/news/christians-in-laos-shunned-for-believing-in-americas-god/88354> (abgerufen am 27. Oktober 2020).
- 13 „Lao Christians, government work to educate rural authorities on law protecting the Church“, Radio Free Asia, 21. September 2020, <https://www.rfa.org/english/news/laos/law-09212020171649.html> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 14 Ebd.
- 15 Greenwalt, a.a.O.
- 16 Ebd., S. 1.
- 17 Ebd., S. 3-4
- 18 2018 Annual Report, United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF), Mai 2019, S. 6, <https://www.state.gov/wp-content/uploads/2019/05/LAOS-2018-INTERNATIONAL-RELIGIOUS-FREEDOM-REPORT.pdf> (abgerufen am 27. Oktober 2020).
- 19 Ebd.
- 20 2019 Annual Report, United States Commission on International Religious Freedom (USCIRF), Mai 2019, S. 207, <https://www.uscifr.gov/sites/default/files/2019USCIRFAnnualReport.pdf> (abgerufen am 27. Oktober 2020).
- 21 „Christians in Laos shunned for believing in ‘America’s god’“, a.a.O.
- 22 „Police in Laos arrest grandmother, three other Christians during worship“, Morning Star News, 12. Dezember 2018, <https://morningstarnews.org/2018/12/laos/> (abgerufen am 17. Januar 2021).
- 23 Richard Finney, „Lao Christians detained at new year are freed“, Radio Free Asia, 2. Januar 2019, <https://www.rfa.org/english/news/laos/christians-01022019151152.html> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 24 Eugene Whong, „Lao police allegedly arrest citizen for practicing Christianity“, Radio Free Asia, 25. April 2019, <https://www.rfa.org/english/news/laos/laos-christianity-arrest-04252019165924.html> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 25 Paul Eckert, „Laos releases, deports US citizens accused of unauthorized missionary work“, Radio Free Asia, 18. April 2019, <https://www.rfa.org/english/news/laos/us-christians-04182019103827.html> (abgerufen am 28. Oktober 2020).
- 26 „Christians in Laos shunned for believing in ‘America’s god’“, a.a.O.
- 27 Office of International Religious Freedom, a. a. O.